

Politik



Wenn Brauchtums-
pflieger durch die
Stadt marschie-
ren, um Bäume
aufzustellen, ist
für Frieden leider
kein Platz mehr

Seite 2

Buch



Dass der Feminis-
mus einen großen
Einfluss auf die
Cultural Studies
hat, vergessen
männliche Auto-
ren oft ganz gerne

Seite 3

Militarismus



Den militärischen
Einsatz für „free-
dom und democ-
racy“ kann
man in den USA
schon in der
Schule lernen

Seite 4



<http://www.bo-alternativ.de>



Die globalisierte bsz-Reihe, Teil 2 Wettbewerb der Nationalstaaten

Die Auseinandersetzung um rechtspopulistisches Zeug, das von VertreterInnen der Bochumer Attac-Gruppe auf Friedensdemos den friedensbewegten Leuten zum Besten gegeben wurde, schlug in Bochum hohe Wellen. Und so sehr die Ablehnung, welche die Rede nach sich zog zu begrüßen ist, verwundert doch die Empörung. Denn mit solchen Thesen musste rechnen, wer oder welche sich die Kampagnen von Attac näher betrachtet. Das AstA-Referat für Hochschulpolitik bedankt sich bei Stefan Bielefeld für den folgenden Beitrag. Stefan Bielefeld ist im Vorstand der europäischen StudentInnenvertretung ESIB und HoPo Referent im AstA der Universität Bielefeld. Er arbeitet seit 4,5 Jahren zu den Themen GATS, WTO und anderen globalisierungsrelevanten Themen.

Der hochschulpolitische Zirkel in Deutschland dreht sich seit Jahren bevorzugt um sich selber und verliert sowohl den Draht als auch zunehmend den Einfluss auf politische Entschei-

dungen im Bildungssystem, das nach neoliberalen Maßstäben umgebaut wird. Da man die eigenen PolitikerInnen nicht erreicht und das irgendwie blöd ist, sucht man die/den Schuldigen nicht in der eigenen Unfähigkeit zur Analyse laufender Trends und Organisation entsprechender Kampagnen, sondern auf supranationaler Ebene in EU, WTO oder sonst wo. Auf die hat man keinen Einfluss und wenn man nun alle anderen Glauben macht, die seien an allem Schuld, hat man erstens die nationalen AkteurInnen aus der Verantwortung entlassen und zweitens die eigene Unfähigkeit übertüncht, auf nationaler Ebene ablaufende Trends irgendwie zu beeinflussen. Außerdem kann man ein bisschen Revolutionstourismus nach Genua, Florenz, Seattle und andere schöne Orte betreiben.

Das ist ein beliebtes Muster in der Politik, welches man auf allen Ebenen findet. Allerdings ist es wenig hilfreich. Denn damit erreicht man nichts. Der schlagwortartige Umgang mit dem Thema GATS ersetzt eine tatsächliche Analyse des Vertrages durch Phrasen und läuft an der politischen Realität vorbei. Es ist nicht meine Absicht zu behaupten, das GATS berge keine Gefahren, oder die sogenannte Hochschulreform sei gut. Allerdings macht man mit der Behauptung, das GATS sei für die Studien-



Wer muss noch mal, wer hat noch nicht? Uni bald Akkreditierungs-AG

Nachdem bisher das Wissenschaftsministerium alle Studiengänge beugt und meistens für Qualitätssicherung und damit genehmigt erklärt hat, entledigt es sich jetzt dieser Aufgabe. Nicht etwa auf den bürokratischen Müllhaufen kommt das Ganze, sondern auf den freien Markt. Damit es nicht zu einfach wird, wurde sich ein toller Zungenbrecher ausgedacht:

Die KultusministerInnenkonferenz und die HochschulrektorInnenkonferenz wählen den Akkreditierungsrat, dieser akkreditiert die Akkreditierungsagenturen, welche die Studiengänge akkreditieren. Genauer betrachtet sieht das so aus: Der Akkreditierungsrat setzt sich aus VertreterInnen der Hochschulen (RektorInnen), WissenschaftlerInnen (StudentInnen), der KultusministerInnenkonferenz und der Berufspraxis zusammen und soll das unabhängige, zentrale

Steuerungsorgan des einheimischen Akkreditierungssystems sein. Besagter Rat darf diffuse Akkreditierungsstandards formulieren, anhand derer er über die Genehmigung von Akkreditierungsagenturen entscheidet. Diese sollen pilzartig aus dem Boden sprießen und um ihre Kundinnen, die Hochschulen, buhlen. Neben Fachgesellschaften, Gewerkschaften und Industrieverbänden sollen auch StudentInnen in den Agenturen ein Pöstchen bekommen. Will nun eine Hochschule (früher oder später muss sie) einen Studiengang akkreditieren lassen, so muss sie einen fünfstelligen Eurobetrag und eine Selbstdokumentation, die dessen Konzept, Struktur und Ressourcen beschreibt, an die auserwählte Agentur schicken. Diese bildet ein Gutachterteam,

das die Bewerbung liest und die Hochschule für einen Tag besucht: Nachdem ein Plausch mit den Verantwortlichen, die Besichtigung der Bibliothek, des EDV-Angebots, der Mensa, usw. und ein eventuelles Gespräch mit StudentInnen ein möglichst objektives Bild von den Realisierungsmöglichkeiten des Studiengangs und den Kompetenzen und Chancen, die er seinen AbsolventInnen verleiht, geliefert hat, schreibt das Gutachterteam (welches ebenfalls StudentInnen enthalten soll) ein Gutachten. Mit Hilfe des Gutachters entscheidet die Agentur über die Akkreditierung.

Wird jetzt also alles besser? Neuere Bücher, schnellere Computer und lecker Mensaecken? Umfassendes studentisches Mitbestimmungsrecht anstatt ministeri-alem Alleingang?

**Wer's glaubt, erhält den
Rosa-Brillen-Pokal**

Die oben genannten studentischen VertreterInnen müssen nämlich nicht gewählt werden, sondern es können z.B. zahme AbnickerInnen aus der Verwandtschaft eingesetzt werden.

Auch ist es unwahrscheinlich, dass umfassend bildende Studiengänge bevorzugt akkreditiert werden. Vielmehr wird Qualitätssicherung mit Konkurrenzfähigkeit übersetzt werden, und die möglichst billige Bereitstellung wirtschaftlich verwertbarer Köpfe

Akkreditierungskriterium Nummer eins sein. Dies ergibt sich allein schon aus der Akkreditierungspflicht: Pro Akkreditierung müssen ca. 25.000 Euro aufgebracht werden. Glück hat die Fakultät, die auf möglichst wenige Studiengänge möglichst viele StudentInnen und damit auch viele ProfessorInnen und reichlich Geldmittel vereinigt, oder großzügige Sponsoren aus der Wirtschaft hat, denn dann sind Akkreditierungskosten ein verhältnismäßig kleiner Posten im Haushalt. Anders sieht das bei Fächervielfalt bietenden Fakultäten aus: Wenn auf einen Studiengang nur ein paar ProfessorInnen kommen, verschlingt die Akkreditierung den größten Anteil des zur Verfügung stehenden Geldes, und es ist nur eine Frage der Zeit bis der Studiengang geschlossen werden muss.

Und was nun?

Weil diese kreativ als Uniauswahlhilfe für StudentInnen getarnte Spar- und Ausputzmaßnahme ganz schön gemein ist, wurde ein von fzs (freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), Landesastentreffen und Bundesfachschaftentagungen getragener Akkreditierungspool ins Leben gerufen. In diesem werden möglichst viele Leute aus allen Fachrichtungen gesammelt, um sie in die GutachterInnenteams zu entsenden. Ziel ist es, kritische Stimmen in den Akkreditierungsprozess einzuschleusen und so die oben genannten negativen Entwicklungen einzuschränken.

Bisher sind erst ca. 100 StudentInnen im Pool, und weitere werden dringend gesucht. Wer Interesse hat, kann Infos und Entscheidungsformulare beim AstA oder unter www.studentischer-pool.de bekommen.

**Andrea Braunhausen
(AstA-Referat für Hochschulpolitik)**

Fortsetzung auf Seite 2

:bsz aktuell

Gegen die anglo-amerikanische Leitkultur?

Die germanistische Arbeitsgemeinschaft „Sprache in der Politik“ hat ganz eigene Ideen, wie der Protest gegen den Krieg aussehen könnte. Weil die deutsche Sprache geprägt sei von Anglizismen, die daher rührten, dass die anglo-amerikanische Kultur auch in Deutschland die „Leitkultur“ sei, solle man aus Protest gegen den Krieg doch

To Those Responsible



lieber die Anglizismen nicht mehr verwenden. Wer Krieg führe, so die Argumentation, solle bitte nicht als moralisches Vorbild gelten. Daher schlägt die Arbeitsgemeinschaft vor, wieder zu den Gallizismen (den Wörtern, die aus dem Französischen stammen), zurück zu kehren: **M a n n e - q u i n** statt **Modell**, **B i l l e t** statt **Ticket**, **A d i e u** statt **Bye bye**? Wer

aber gegen eine Sprache ist, in deren Namen Krieg geführt wird oder wurde, muss für eine Abschaffung der deutschen Sprache plädieren. Denn bisher waren es nur Wörter wie „Blitzkrieg“ oder „Gaskammer“, die es zu Internationalismen brachten. Und dies nicht zu Unrecht, da es den Deutschen innerhalb eines Jahrhunderts gelang, der ganzen Welt den Krieg zu erklären. Deswegen sollten man sich einmal Gedanken über eine Ent-Allemanisierung der deutschen Sprache kümmern. Dann müsste die AG „Sprache in der Politik“ auch einmal beginnen nachzudenken. Das hat sie bisher anscheinend noch nicht getan.

Teil einer Jugendbewegung

Da es soviel Einigkeit wie jetzt wohl nie mehr in der Bochumer Parteijugend geben wird, ist diese auf eine tolle Idee gekommen: Vereinigung zu einer großen, noch staatstragenden Organisation. In der letzten Woche konstituierte sich in Bochum der „Ring politischer Jugend“ (RPJ). Ihm gehören die Jugendorganisationen von SPD, CDU, FDP und Grünen sowie die Jungdemokraten/Junge Linke an.

Ziel dieses Ringes ist es „junge Menschen über die Parteigrenzen hinweg zur demokratischen Mitarbeit in unserer Stadt und unserem Staat zu ermutigen.“ Allein das Reden von „unserer Stadt und unserem“ Staat des Sprechers des RPJ Christina Michel lässt Böses ahnen und Gutes nicht erwarten. Der einzige Vorteil ist wohl, dass man demnächst nicht mehr vier langweilige Stellungnahmen zu Cross-Border-Leasing, Metro-rapid und ähnlichem zu lesen bekommt sondern sich nur noch durch eine quälen muss.

Vorteile des Langzeitstudiums

Verteidigungsminister Struck und Familienministerin Schmidt, beide bisher eher für schlechte oder nicht vorhandene Frisuren und ebensolche „Reformpläne“ bekannt, melden Erfreuliches. So berichtete die Frankfurter Rundschau am vergangenen Samstag, dass Männer, die bis zum 23.ten Lebensjahr ihren Wehrdienst noch nicht absolviert haben, in Zukunft auch nicht mehr gezogen werden können. Die bisherige Grenze lag bei 26 Jahren. Noch einen drauf legte die „Zentralstelle für Recht und Schutz der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen“. Jene Organisation, die zumindest dem Namen nach in den 1970er Jahren gegründet wurde, rät „allen, die in diesem Jahr eine Ausbildung oder ein Studium beginnen können, dieses zu tun. Es ist nicht damit zu rechnen, dass Ausbildung oder Studium wegen des Zivildienstes unterbrochen werden müssen.“ Und wer dann auch keine kurzen, aber langatmigen B.A.-Studiengänge studiert, sondern hinterher noch eine M.A.-Phase anhängt, ist dann endgültig zu alt und fein raus. Es sei denn, es giert einen danach, durch den Schlamm zu robben und „das Vaterland zu verteidigen“. Diese Menschen müssen dann hinterher sicherlich Studiengeldbühren zahlen. Zu gönnen wäre es ihnen.

Maischützen stören Friedenskundgebung Marschieren für Bochum und fürs Vaterland

Die TeilnehmerInnen der Friedenskundgebung am 12. April staunten nicht schlecht, als sie merkten, dass die Innenstadt für sie zum militärischen Sperrgebiet wurde. Trotz einer angemeldeten Friedenskundgebung mussten sie feststellen, dass der leere Husemannplatz mit lauter Musik beschallt wurde. Wie sich herausstellte, waren die Maischützen dafür verantwortlich, die den Husemannplatz mit einer gewaltigen Anlage mit grauenvoller, lauter Disco-Musik beschallten.

Die Polizei versuchte, Stadtmarketing und Maischützen dazu zu bringen, die Lautstärke zumindest so zu reduzieren, dass die Veranstaltung des Friedensplenums halbwegs ungestört stattfinden konnte. Die Maischützen stellten sich jedoch quer. Es kam zu schwierigen Verhandlungen. Die VertreterInnen des Friedensplenums beharrten darauf, dass sie schließlich eine ordnungsgemäß angemeldete Kundgebung durchführen wollten. Die Maischützen zeigten sich jedoch wenig einsichtig. Im Verlauf der Kundgebung kam es dann sogar zu schweren Rempelen der Maischützen gegen Friedensaktivistinnen. Ulrich Schröder erstattete schließlich Anzeige, als er von einem Anführer der Maischützen übel zur Seite gestoßen wurde. Dieser erstattete daraufhin ebenfalls Anzeige gegen

einen unbeteiligten Demonstrationssteilnehmer, was zu Tumulten führte. Daraufhin lenkten die Bullen ein.

Militarismus oder Brauchtumpflege?

RednerInnen der Kundgebung erinnerten an die üble patriarchalische und militaristische Tradition, in der die Maischützen stehen. Diese tun sich durch ihre Heima t t ü m e l e i hervor, das unter dem Deckmantel der „Brauchtumpflege“ verkauft wird. Auffallend ist das militaristische Gerede. So gibt es Dienstgrade wie „Fähnrich“, „Leutnant“ oder „Oberst“, und die „Offiziere“ tragen Uniform mit Säbel oder

Degen und sind in „Kompanien“ organisiert. Hierzu kommt die patriarchalische Struktur der „Maikerle“. Nur Männer können Mitglied werden.

Die Bochumer Maibendgesellschaft leitet sich selbst auf eine mittelalterliche Fehde gegen Dortmund zurück – dabei ging es um eine Viehherde, die im Jahr 1388 von Dortmundern weggetrieben und von Bochumern wieder eingefangen worden sein soll. Aus demselben Jahr stammen auch die Vorstellungen, welche die „Maikerle“ bis heute hegen. Letzten Endes besteht der einzige Zweck der „Maibendgesellschaft“ in der Durchführung des angeblich so einzigartigen Maibendfestes – angesichts hunderter fast identischer kostümierter Aufzüge in Deutschland über das ganze Jahr hinweg eine reichlich alberne Behauptung.

Wie die Maischützen wirklich drauf sind, haben sie mit ihrem pöbelnden und rücksichtslosen Verhalten jedenfalls eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Marc Nevries



Fortsetzung von Seite 1

Attac-Reden fallen nicht vom Himmel

gebühren und ähnliches verantwortlich eigentlich nur eins: nämlich sich selbst lächerlich.

Dass ein Vertragswerk wie das GATS mit den Umbauprozessen an deutschen Hochschulen und Privatisierungstendenzen zusammenhängt, soll und kann hier auch nicht bestritten werden; nur ist dieser Zusammenhang meines Erachtens eher korrelativ Natur und kann eben nicht kausal interpretiert werden. Damit soll auch nicht behauptet werden, dass das GATS keine negativen Auswirkungen auf den Bildungssektor haben könnte – nur hat das mit den gerade ablaufenden Prozessen eben noch recht wenig ursächlich zu tun. Eine sinnvolle Beschäftigung mit dem Thema würde eine Analyse des Ganzen voraussetzen und die würde zu dem Schluss kommen, dass das ganze Thema hoch komplex ist und beiweilen nicht so einfach, als dass man es auf einem DIN A5 Flyer darstellen kann. Man müsste dann damit anfangen, sich zu überlegen, wie man in den GATS Prozess intervenieren kann und wie man das Thema jenseits von Stammtischdeutsch und peinlichen Flugblättern einer größeren Öffentlichkeit erschließen kann. Gleichzeitig sollte und müsste man wieder anfangen, nach den Verantwortlichen in dieser Geschichte zu suchen, und das sind nicht WTO und EU, sondern nationale Regierungen und Ministerien, die Abkommen ratifizieren und der EU ein Verhandlungsmandat erteilen. Durch die Benennung dieser Zusammenhänge könnte auch eine Vereinnahmung durch rechtsextreme Tendenzen, auf die ich als nächstes eingehen möchte, nicht derartig einfach geschehen, wie unlängst in Trier.

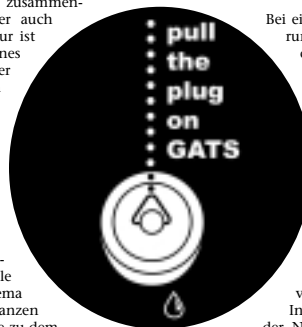
Mit Rechtsextremen gegen Globalisierung?

Der Fall des NPD-Mitglieds, das im AstA der Uni Trier mitarbeitete, hat bundesweit Schlagzeilen gemacht, und alle fragen sich, wie so was passieren konnte. Meine Behauptung ist nun, dass dies überall und an vielen Orten hätte passieren können, gerade weil man die erwähnten „Das GATS ist die Wurzel allen Übels-Antiglobalisierungs“-Verschwörungstheorien in vielen Hochschulen und Studierendenvertretungen antrifft. Auch die NPD mobilisiert gegen Globalisierung und Ausbeutung, für den Standort Deutschland, gegen Bildungsprivatisierung und das mit ähnlichen Slogans wie viele Gruppen der selbsternannten neuen sozialen Bewegung. Wenn man NPD-Texte zu Globalisierung mit vielen sogenannten linken Flugblättern vergleicht, wird man sich wundern, wie ähnlich sie sich in Argumentation und Wortlaut sind. Dies ist derzeit meines Erachtens die größte Gefahr der GATS-Verschwörungstheorien; da sie auf Phrasen und Parolen basieren und ein hoch komplexes Thema in einem Kurztzext auf Stammtischniveau abhandeln, sind sie leicht von rechts vereinnahmbar. Das ist ein strukturelles Problem, bei dem Abhilfe geschaffen werden muss. Daher ist der Trierer Fall sicher sehr extrem, hätte aber genauso gut an vielen anderen deutschen Hochschulen passieren können. Nur durch eine ernsthafte Auseinandersetzung mit dem Trierer Fall und der Ziehung der notwendigen Konsequenzen

zen können derartige Fälle in der Zukunft verhindert werden.

Einige Leitlinien ...

Bei einer Kritik an Globalisierungsvorgängen und bei der Auseinandersetzung mit internationalen Institutionen sollten einige Punkte beachtet werden, die eine klare Abgrenzung nach rechts ermöglichen. Zum einen sollte man, wenn man EU, WTO und ähnliche supranationale Institutionen kritisiert, als Argument vermeiden, dass diese Institutionen die Macht der Nationalstaaten untergraben würden. Dies ist zum einen nicht richtig, denn die wesentlichen EntscheidungsträgerInnen in diesen Institutionen sind Nationalstaaten (und vor allem Deutschland ist hier eher „Täter“ denn „Opfer“), zum anderen kann man dabei schnell in eine Standortlogik verfallen. Wenn man aber grundsätzlich eine europäische und internationale Integration begrüßt, aller Kritikwürdigkeit der derzeitigen Ausformung zum Trotz, können Rechte und Rechts-extreme nicht mehr mitziehen. Zum zweiten sollte vorsichtig mit Begriffen wie „Bankenmacht“ und „Konzernherrschaft“ umgegangen werden, da sie häufig auch von rechten Gruppen genutzt werden.



Sich im Vokabular klar abzugrenzen, würde auch dazu dienen, dass sich die Flugblätter der progressiven Gruppen von denen der rechten klarer unterscheiden lassen.

Drittens sollte Schluss gemacht werden mit Verschwörungstheorien, die in supranationalen Organisationen die Wurzel allen Übels sehen. Eine klare Benennung der Verantwortlichen (nämlich großteils der nationalen Regierungen) und eine genaue Beschreibung der Entscheidungsprozesse (wer entscheidet was, wie, mit welcher Rückkopplung und Interaktion mit anderen ProtagonistInnen) und Analyse einer nicht verschwindenden sondern sich verändernden Rolle des (National-)Staates (vgl. hierzu Negri/Hardt: Empire oder ähnliches) könnte helfen, wirre Verschwörungstheorien zurück zu drängen und statt dessen sachlich vorzugehen.

Viertens und letztens muss man sich die Frage stellen, ob ein so hoch komplexes Thema wie das GATS überhaupt flugblatttauglich ist. Ich möchte hier dazu keine abschließende Position beziehen, aber darauf verweisen, dass allein eine klare technische Beschreibung der GATS-Mechanismen und eine fundierte juristische Analyse möglicher Konsequenzen Flugblattformate schwer möglich machen.

Wenn es den StudierendenvertreterInnen gelingen würde, ihre Argumentation zu versachlichen und sich dabei gleichzeitig klar nach rechts abzugrenzen, besteht die Chance, eine breite öffentliche Diskussion zu beginnen. Ergeht man sich allerdings weiterhin in mehr oder weniger wirren (Welt-)Verschwörungstheorien wird es schwierig sein, das öffentliche Bild linker SpinnerInnen zu korrigieren und eine ernsthafte Auseinandersetzung in der Öffentlichkeit und mit PolitikerInnen über das Thema, die dringend notwendig wäre, wird weiterhin durch strategische Fehler und paranoid Phrasendrescherei verunmöglicht.

Stefan Bienefeld

An der Wikipedia-Enzyklopädie dürfen alle mit Internet-Anschluss mitschreiben

Guck doch im Internet



Das Wissen der Menschheit ist inzwischen bis zu einem Punkt angewachsen, an dem wir wissen, dass es so etwas wie „das“ Wissen der Menschheit nicht gibt. Dutzende von Religionen, hunderte von Weltanschauungen, 6.500 Sprachen, mehr als 6 Mrd. Menschen; alles Wissen, das darin und daraus entsteht, zu überblicken, zu bewerten und zu sammeln ist eine unlösbare Aufgabe.

Moderne Enzyklopädien versuchen sich seit 300 Jahren daran, wenigstens Teile (meist kulturell selektiert) dieses Wissens zu sammeln. Die derzeit modernste Variante praktiziert dies seit zweieinhalb Jahren und schickt sich an, die beste aller Zeiten zu werden. Allerdings nur mit eurer Hilfe.

Wikipedia heißt dieses Projekt, das seit Januar 2001 im Internet erreichbar ist. Ein „Wiki“ ist (grob verkürzt) eine Site, die von den BesucherInnen selbst verändert werden kann, ein „pedia“ ist die Abkürzung von encyclopedia.

Wikipedia ist eine freie, offene Internet-Enzyklopädie, deren Artikel nicht von einer Redaktion bearbeitet, bewertet und selektiert wurden, sondern von den LeserInnen selbst geschrieben und verbessert werden. Wie

bei einzelnen anderen online zu findenden Sprachwörterbuch-Projekten auch, kann auf Wikipedia jeder Artikel erstellen und bearbeiten, es gibt keine zentrale Autorität, keine Kontrolle und nur einige grundsätzliche Richtlinien. So ein Konzept kann zwar Vandalismus und absichtliche oder fahrlässige Fehlinformationen kurzfristig nicht verhindern, aber die gemachten Änderungen bleiben nachvollziehbar und die Artikel können auch weiterhin verändert (= verbessert) werden.

Encyclopædia Humanica

„Our goal with Wikipedia is to create a free encyclopedia – indeed, the largest encyclopedia in history, both in terms of breadth and in terms of depth. We also want Wikipedia to become a reliable resource.“

Im Vergleich mit der *Encyclopædia Britannica* (EB) zeigt sich hier das „Neue“ am Wikipedia-Konzept. Die Verlässlichkeit ihrer Artikel versucht EB durch hochqualifizierte Autorinnen und Redaktionen sicherzustellen (peer-review), Wikipedia durch ständige Kontrolle und Verbesserung. EB selektiert Themen und beschränkt sich auf „das Wichtige“, Wikipedia hat Platz genug und lädt dazu ein, alles mögliche zu erfassen.

In der Redaktion von EB sitzen (wahrscheinlich) wenige, hochbezahlte, hochqualifizierte Mitarbeiterinnen;

das Wikipedia-Konzept hingegen geht davon aus, dass eigentlich Alle „was wissen“, wenigstens ein bisschen, und diese Wissen sollen sie auf der Site verfügbar machen. Auch für die Mehrheit aller Menschen total langweilige Dinge, z.B. die Kulturgeschichte Queensburgs, hat in Wikipedia ihren Platz.

Nerds, Geeks, Otaku

Das größte Problem, das Wikipedia zur Zeit sicher hat, liegt einfach darin, dass es ein internetbasiertes Projekt ist. Zwangsläufig stellen deswegen nur Menschen ihr Wissen ein bzw. rufen Wissen ab, die Anschluss ans Internet haben. Das sind in der englischsprachigen Variante (mit mehr als 110.000 Artikeln die größte Wikipedia-Version; EB: etwa 65.000) hauptsächlich junge, männliche Amerikaner. Neben Englisch gibt es zwar inzwischen auch Versionen in mehr als 30 anderen Sprachen, aber das Problem des Zugangs zum Internet bleibt natürlich.

Und da kommt ihr ins Spiel: Dank eurer umfassenden wissenschaftlichen Ausbildung wisst ihr ja genug über die Verlässlichkeit von Quellen, um neben EB auch Wikipedia sinnvoll nutzen zu können (da hält im Grunde beide gleich suspekt sind), und nutzen kann auch heißen, Artikel einzustellen oder zu verbessern.

dek

Wikipedia, the free encyclopedia: <http://www.wikipedia.org>



Neue Aufsatzsammlung zu Cultural Studies

Not a Women's Issue

Die Cultural Studies sind keine popkulturellen Forschungen, sondern ein politisches Projekt – sie zeichnen sich vor allem dadurch aus, disziplinübergreifend und selbstreflexiv zu einer politischen Praxis zu gelangen, in dem sie versuchen, Debatten anzustoßen. In dem vorliegenden Band „Die Cultural Studies Kontroverse“ wird versucht, einen Teil dieser Debatten zu dokumentieren. Die meisten der veröffentlichten Texte setzen sich dabei mit den Vorwürfen, die von verschiedensten Seiten, vor allem jedoch von etablierten Wissenschaftsdisziplinen, an die Cultural Studies herangetragen wurden, auseinander.

Dabei ist der Band explizit nicht darauf angelegt, in das Feld der Cultural Studies einzuführen, sondern darüber hinausgehend die aktuellen Kontroversen um die Cultural Studies zu schildern. Insofern schließt er an den bereits 1999 erschienenen Band „Cultural Studies. Grundlagentexte zur Einführung“ an. Prominente VertreterInnen der Cultural Studies wie Stuart Hall, Ian Ang oder David Morley beziehen in den im Band übersetzten Aufsätzen Stellung zu den Vorwürfen, die in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren an die Cultural Studies herangetragen wurden.

Good Boys

Sicher ist es zu begrüßen, dass die zentralen Texte der Cultural Studies nach und nach ins Deutsche übersetzt werden und in diesem Zusammenhang kommt den Herausgebern des Bandes ein großes Verdienst zu. Dennoch zeugt die Auswahl der Texte zugleich von den Scheuklappen, die die Herren aufgesetzt zu haben scheinen, wenn sie

meinen, damit eine umfassende Auswahl getroffen zu haben. Denn der politische Charakter der Cultural Studies erklärt sich nicht zuletzt aus dem wichtigen Einfluss, den beispielsweise feministische Konzepte in den Cultural Studies immer wieder gehabt haben und noch haben. Dieser Themenkomplex wird jedoch in der Einleitung von den Herausgebern allein unter das Feld „Medienanalyse“ subsumiert. Dies verwundert vor allem insofern, als dass im Gegensatz dazu die Beschäftigung der Cultural Studies mit Rassismus und Fragen der Identität besonders betont wird. Dies schlägt sich auch in der Textauswahl nieder.

Bad Boys

Signifikant sind die Scheuklappen jedoch vor allem in der Einleitung. Da es sich bei dem Band um eine Sammlung von Aufsätzen handelt, die die Kontroversen um die Cultural Studies beleuchten sollen, dient die Einleitung, verfasst von den beiden Herausgebern Andreas Hepp und Carsten Winter, vor allem als Klammer, die die Texte in einem Gesamtkontext zu verorten sucht. Dabei betonen die Autoren immer wieder, dass es sich um verschiedene Diskussionsfelder handelt, die zusammengetragen wurden, mit dem Ziel, die Diskussion um Cultural Studies auch in der deutschsprachigen Rezeption zu erweitern. Dabei erkennen Hepp und Winter zwar durchaus an, dass die verschiedenen Theorieansätze, die in die Cultural Studies eingeflossen sind, erheblichen Einfluss auf die geführten Debatten gehabt haben. Jedoch scheinen sie sich nicht umfassend mit der Rezeption der Cultural Studies in Deutschland

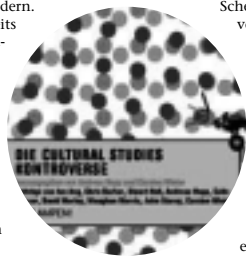
auseinander gesetzt zu haben, wenn sie im Jahr 2003 konstatieren, dass dieser Ansatz insbesondere in den letzten fünf Jahren als Forschungszugang immer wichtiger wurde.

Dies ist schlicht falsch. Bereits Mitte der 80er Jahre lassen sich Studien von deutschen Wissenschaftlerinnen ausmachen, die sich der Methode der Cultural Studies bedienen. Und sie tun dies gerade auch aus einer feministischen Perspektive. Gerade im Rahmen der feministischen Fernsehforschung sind die Cultural Studies nicht mehr weg zu denken und in Deutschland nicht nur breit rezipiert, sondern auch kontrovers diskutiert worden.

Als Fazit muss man festhalten: Der Band ist sehr lesenswert, wenn man die Einleitung nicht mitliest, da sie weder den Aufsätzen im Band noch der deutschen Cultural Studies-Rezeption gerecht wird. Dennoch zeichnet sich der Band durch sehr gute Texte (besonders die von Ang und Morley) sowie durch ein umfangreiches Literaturverzeichnis und ausführliche Angaben zu den Autorinnen aus.

VW

Hepp, Andreas; Winter, Carsten: *Die Cultural Studies Kontroverse, Lüneburg: zu Klampen 2003*



Mittwoch, 16. April

Rechtsrock: Bestandsaufnahme und Gegenstrategien

Rechtsrock – Musik mit häufig offen neonazistischen Botschaften – ist zu dem wichtigsten Ideologieträger der extremen Rechten geworden. Einer der Herausgeber des aktuellen Standardwerkes „RechtsRock“, wird einen Überblick über den Komplex der rechten Musik geben
19.00 Uhr, AZ Mülheim

Informationsrente – Zur politischen Ökonomie des Informationskapitalismus

Referent: Ralf Krämer
Eine Veranstaltung des Rosa-Luxemburg-Clubs Dortmund/Bochum
19.30 Uhr, Nachbarschaftswerkstatt im Depot, Immermannstr. 39, Dortmund

Donnerstag, 17. April

Radio Bontekoe präsentiert:

Revolte Springen / BRD:

„Freiheit Satt“, ein politisches Musical zum Thema Sicherheitswahn
Eintritt: 6 Euro
20.00 Uhr, Bahnhof Langendreer (ebenfalls 18. und 19. April jeweils ab 19.00 Uhr im AZ Mülheim)

Samstag, 19. April

Radio Bontekoe präsentiert:

Cheb Balowski / Barcelona

Katalanischer Balkan-Klezmer-Folk mit arabischen Wurzeln, in Zusammenarbeit mit WDR-Funkhaus Europa
Eintritt: 6 Euro
20.00 Uhr, Bahnhof Langendreer

Sonntag, 20. April

Osternarsch 2003

Informationsveranstaltung

15.00 Uhr, Bhf. Langendreer, Halle

Zweierlei Israel? Zwischen Wahn und Wirklichkeit: Israel und die deutsche Linke

mit: Moshe Zuckermann (Direktor des Instituts für Deutsche Geschichte an der Universität Tel Aviv), Volker Weiß (Literaturwissenschaftler und Konkret Autor)

Die Debatte seit Beginn der zweiten Intifada zeigt einmal mehr: Kein Thema entzieht die Linke in Deutschland so sehr wie der Konflikt zwischen Israel und den PalästinenserInnen. Israel fungiert dabei allerdings häufig nur als Projektionsfläche für eigene „Identitäts“-Entwürfe, sei es als „AntimperialistIn“ und „AntizionistIn“, sei es als „Antideutscher“. Die Wahrnehmung der Realität in Israel und in den besetzten Gebieten ist häufig genug zweigeteilt bzw. völlig überlagert von Projektionen. Dies gilt einerseits für die Projektionen deutscher Vergangenheit auf israelische Gegenwart, wenn Begriffe wie „Vernichtungskrieg“ oder Vergleiche mit dem Warschauer Ghetto fallen. Auf der anderen Seite zeigt sich dies in der Wahrnehmung der PalästinenserInnen als einem geschlossenen völkischen und antisemitischen Kollektiv, dem es in Kontinuität des nazistischen Antisemitismus einzig und allein um die Vernichtung Israels gehe.
19.30 Uhr, Zeche Carl, Essen

Montag, 21. April

Osternarsch 2003

Auftaktkundgebung mit Klaus Kunold (VVN-BdA), Annemarie Grajetzky (Frauen f. d. Frieden in der ev. Kirche von Westfalen) und Felix Oekentorp (DFG-VK, attac).
11.00 Uhr, Bochum Werne, Am Brühmann Haus (Kreyenfeldstraße)

Antifa Café

... jede Revolution hat ihren Vorabend! Kapitalismus abschaffen!: Heraus zum revolutionären 1. Mai, Infoveranstaltung zur Demo am 30. April in Düsseldorf
19.00 Uhr, Linkes Zentrum „Hinterhof“, Corneliusstr. 108, Düsseldorf





In den USA ist Militär reguläres Schulfach Kinder in Uniform

In Beach kann stolz auf sich sein: Er hat bei der National Air Rifle Championship, die zwischen dem 27. und 29. März 2003 in Fort Benning, Georgia, stattfand, den ersten Platz in der Kategorie Schießen mit dem Sportluftgewehr gemacht. Leute, die Schießen für eine Sportart halten, und Schießwettbewerbe gibt es zwar in den meisten Ländern, eines zeichnet Ian Beach jedoch vor seinen Sportskollegen aus Deutschland, Frankreich oder England aus: Er hat das Schießen in der Schule gelernt, im Rahmen eines regulären Unterrichtsfachs.

Der Schüler der Winnsboro High School in Louisiana belegt nämlich wie etwa 250.000 andere Jungen und Mädchen zwischen 15 und 18 Jahren in den Vereinigten Staaten das Fach „Junior Reserve Officers Training Corps“ (JROTC). JROTC existiert als Ergebnis der Kooperation einzelner Schulen mit dem Verteidigungsministerium seit 1916. Vor allem seit Mitte der 1960er Jahre erfreut sich das Programm einer kontinuierlichen Expansion; gegenwärtig beteiligen sich 1.500 High Schools, das entspricht fast zehn Prozent aller öffentlichen Einrichtungen der sekundären Bildung. Seit 1995 ist JROTC in allen Staaten vertreten, und in der Hauptstadt Washington nehmen sogar alle High Schools daran teil.

Repräsentieren statt Schießen

Seitdem unter der Führung von Colin Powell, damals Vorsitzender der Joint Chiefs of Staff, Anfang der 1990er Jahre das Curriculum umgekrempelt wurde, nimmt der Schießunterricht freilich keinen breiten Raum mehr ein. Stattdessen stehen nun technologische Kenntnisse, Verantwortungsbewusstsein als BürgerInnen, Führungsfähigkeiten und Management im Mittelpunkt. Doch auch praktische Unterweisung in Kartenlesen steht noch auf dem Programm, und wer ballern will, erhält dazu auch Gelegenheit. Wichtiger sind die Gewehre vielleicht für die Außendarstellung: Zu offiziellen Anlässen, dem Beginn des Schuljahres beispielsweise oder der Ehrung der Klassenbesten, treten die JROTC-Klassen an ihren High Schools gerne auf und präsentieren die Gewehre oder schleudern sie kunstvoll

durch die Luft. Präsent sind sie an ihren Schulen auch durch den Uniformzwang: Einmal in der Woche müssen die SchülerInnen in Militär-Uniform zur Schule gehen, nicht nur zum JROTC-Unterricht versteht sich, sondern auch zum Unterricht in anderen Fächern.

Geleitet werden die Klassen von pensionierten Offizieren. Nicht zuletzt weil man damit abgehalfterte dicke Männer, die sich einen ruhigen Lebensabend machen wollen, assoziierte, hatte JROTC lange Zeit einen schlechten Ruf. Neben den Unterrichtsinhalten wurde deswegen in den 1990er Jahren auch die Außendarstellung aufpoliert. Nun gibt es ein offizielles „Bekenntnis“, auf das die SchülerInnen schwören müssen. Dort heißt es u.a.: „Ich bin ein Kadett des JROTC der Armee. Ich werde mich stets so verhalten, dass ich meiner Familie, meinem Land, meiner Schule und meinem Kadettenkorps Anerkennung verschaffe. Ich bin loyal und patriotisch. Ich bin die Zukunft der Vereinigten Staaten von Amerika.“

Zu den Reformen der 1990er Jahre gehört auch, dass das Verteidigungsministerium seine offizielle Position aufgegeben hat, derzufolge JROTC kein Rekrutierungsinstrument für die Streitkräfte sei. Jetzt heißt es, offizielle Politik sei, „alles nur Mögliche zu tun, beeindruckbare junge Leute unter der Kontrolle der Armee zu beeinflussen, sich für die Streitkräfte zu melden.“ Zuvor war erklärtes Ziel lediglich, „beeindruckbare Heranwachsende in Richtung Disziplin, Ordentlichkeit, Respekt vor Autorität und anderen Charaktereigenschaften zu führen, die der Herausbildung rechtschaffener Bürger förderlich sind.“

Von der Schule ins Offizierskorps

Das JROTC-Programm militarisiert nicht nur Individuen an High Schools, sondern ist auch der erste Schritt in der Aufzucht der künftigen Offizierselite. An den Hochschulen geht es nämlich mit dem ROTC-Programm nahtlos weiter. Zwar haben im Zusammenhang mit der Abschaffung der Wehrpflicht während des Vietnam-Kriegs viele liberale Unis (wie Yale, Stanford oder Columbia) ihr ROTC-Programm um 1975 abgeschafft, doch 270 vor allem größere Universitäten beherbergen es auch heute noch auf ihren Campussen. Attraktiv sind die Programme nicht zuletzt aufgrund der astronomisch hohen Studiengebühren von bis zu 30.000 US-Dollar pro Jahr an vielen Unis in den USA: Fast alle Studis müssen sich eine Kombination verschiedener Geldgeber zusammensuchen, um ihr Studium finanzieren zu können, und zu denen gehört

auch die Armee, die ROTC-Studis großzügig unter die Arme greift.

Weg mit (J)ROTC!

Kritisiert wird ROTC an den Unis vor allem wegen ihrer dem Pentagon folgenden offiziellen Politik, Homosexuelle auszuschließen. Darüber hinaus würden „militaristische Problemlösungen als legitimer Bestandteil einer akademischen Umgebung etabliert, und ROTC erlaubt dem Verteidigungsministerium, normale akademische Wege der Prüfung von Lehrmaterial und der Qualifikation von Lehrenden zu umgehen“, so das War Research Info Service, eine gegen das ROTC-System arbeitende Gruppe. Auch zu Beginn des Krieges im Irak wurde das militärische Training an den Unis zum Thema. Die „National Youth and Student Peace Coalition“ forderte die Uni-Verwaltungen auf, die ROTC-Programme nicht länger an den Unis zu dulden, denn „dadurch leisten unsere Campuses implizit Unterstützung für den Krieg der Bush-Regierung gegen den Irak.“

Dank George W. Bush sind JROTC und ROTC nicht länger die einzigen Rekrutierungsinstrumente der Streitkräfte an den Schulen. Im Januar 2002 trat das „No Child Left Behind“-Gesetz in Kraft, das Zuschüsse für Schulen aus Bundesmitteln davon abhängig macht, dass „auf Verlangen von Anwerbern des Militärs Zugang zu Namen, Adressen und Telefonnummern von Schülern an Schulen der Sekundarstufe verschafft“ werden. Nun sehen sich vor allem ärmere Schulen vor der unangenehmen Wahl, entweder auf dringend nötige Gelder zu verzichten oder sensible Daten ihrer SchülerInnen preiszugeben. Trotz Gegenwehr von SchülerInnen- und StudentInnengruppen scheint (J)ROTC auf dem Vormarsch. Letztes Anzeichen dafür ist, dass nun auch an der Columbia University, einer der traditionell linken studentischen Hochburgen in New York, eine ROTC-Gruppe im Entstehen ist. Columbia-Student Eric Chen, Mitglied der rechten Lobbygruppe „Students United for America“, jedenfalls ist zuversichtlich: Nur die „üblichen Verdächtigen“ seien gegen ROTC auf dem Campus, denn: „Die sind ja bloß ideologisch gegen alles Militärische“.

hmk

:bszkolumne

Dosenparadies

Was für paradiesische Zustände im Ruhrgebiet herrschen, wird eigentlich erst seit der Einführung des Dosenpfandes so richtig deutlich. Vor einem Jahr noch kaufte man sein Bier völlig gedankenlos an der Bude nebenan, jetzt erst wird allerdings klar, welche Vorteile der Pfandflaschenverkauf, an den man wie selbstverständlich bereits gewöhnt war, nun wirklich mit sich bringt. Ein Ausflug in die Elbmetropole Hamburg brachte nun ans Licht: Das Dosenpfand hat um sich gegriffen, und Bier kaufen, ohne die lästigen 25 Cent zu zahlen, ist dort kaum möglich. Auch unmöglich ist es jedoch, „normale“ Pfandflaschen ohne größeren Aufwand käuflich zu erwerben. Es lebe also die gute alte Bude, Trinkhalle, Durstshop, oder wie auch immer man die netten kleinen Kioske nennen will.

Im Münsterland, so wurde nun kürzlich bekannt, bekommt man das Problem des Dosenpfandes ganz anders in den Griff. Ein kleiner Ausflug nach Holland, und schon ist die Bollerwagen-Tour am Tag der Arbeit gerettet. Nicht etwa, weil man nun vom Saufen aufs Kiffen umgestiegen ist, sondern weil es in Holland schlicht noch kein Dosenpfand gibt. Grolsch und Heineken schmecken ja nicht schlecht, mit etwas Glück kann man sogar noch Karlsquell im Enschedeer Aldi erstehen. Somit haben die „Wir halten unser Dorf sauber“-Aktionen der ortsansässigen Landjugend, die monatlich dem Dosenmüll in Wald und Wiesen zu Leibe rücken, ihren Sinn noch nicht ganz verloren, die Dose wird so schnell nicht aussterben.

Dosenpfand hin oder her, solch traumhafte Zustände wie in Japan haben hier jedoch nie geherrscht und werden auch nicht herrschen. Denn, wie weitgereiste Leute zu berichten wissen, gibt



es im Land der aufgehenden Sonne sogar Automaten, in denen man Bierdosen ziehen kann. Da geht doch in der BiertrinkerInnen Herz die Sonne auf. Schon die Ramones besangen diesen Zustand: „We came across a miracle / There was beer in the soda machine.“ Stellt sich freilich die Frage, ob Holland nicht doch besser ist,

da gibt es nämlich die sogenannten „Fresswände“, Automaten, in den man Pommes, Frikadeln und wahrscheinlich auch Chocomel ziehen kann ...

:bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- & Studierenden-Zeitung

Herausgeber: AStA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Mona Beumers, Gerd Krauss, Jan Reinecke, Kristin Schwierz

Redaktion dieser Ausgabe: Daniel Kloda (dek), Hans Martin Krämer (hmk), Martin Krämer (mk1), Tanja Tästensen (tas), Claus Witte (wc), Verena Witte (vw)

V.i.S.d.P.: Claus Witte (Anschrift siehe unten)

Auflage/Druck: 3.000 Stück, Druckerei Neuer Weg, Essen

Anschrift: bsz, c/o AStA der Ruhr-Universität Bochum, Studierendenhaus Raum 081, 44780 Bochum

Fon: 0234-32-26900; **Fax:** 0234-32-16900

E-Mail: bsz@ruhr-uni-bochum.de

WWW: http://www.ruhr-uni-bochum.de/bsz